

Werbung



07.11.2025 • 6

Gebäudeenergiegesetz

Koalition streitet um das Gas- und Ölheizungsverbot – 80 deutsche Städte ab kommandem Sommer betroffen

In 80 deutschen Städten tritt ab Juli das Verbot in Kraft, neue Erdgas- oder Ölheizungen einzubauen. Union und SPD wollten diese Regelung eigentlich kippen. Jetzt ringen sie darum, ob es doch dabei bleibt.



Daniel Gräber

X @dg_graeber



Wie lange darf sie noch laufen? Ein Rentner kontrolliert seine ältere Gasheizung mit Warmwasserspeicher (Symbolbild). (IMAGO/Wolfgang Maria Weber)

Die schwarz-rote Koalition ringt um das umstrittene Heizungsgesetz der Ampelkoalition. Eigentlich sollte das darin enthaltene Verbot neuer Gas- oder Ölheizungen wieder abgeschafft werden, bevor es in Kraft tritt. Darauf hatten sich Union und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen geeinigt. Doch SPD-

Umweltminister Carsten Schneider hat diese Woche deutlich gemacht, dass er davon nichts hält. Aus der CDU/CSU-Fraktion kommen deutliche Widerworte.

„Wir brauchen jetzt einen verlässlichen Rahmen für die Menschen im Land, ohne Verbote und Gängelung“, sagte der CSU-Abgeordnete und energiepolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Lenz, zu *Bild*. Der Klimapolitiker und CDU-Vize Andreas Jung stellte der Zeitung gegenüber klar: „Das Klimaziel bleibt, das Heizungsgesetz der Ampel nicht – so ist es im Koalitionsvertrag vereinbart.“ Die Überregulierung werde abgeworfen, über die Heizung werde vor Ort entschieden: „Ein klarer Rahmen ist besser als starre Vorgaben.“

Ad



Konkreter Streitpunkt ist die von der Ampelkoalition in das Gebäudeenergiegesetz hineingeschriebene Vorgabe, dass neu eingebaute Heizungen mindestens 65 Prozent erneuerbare Energien nutzen müssen. Damit sind rein mit Erdgas oder Heizöl betriebene Heizungen, wie sie in Deutschland überwiegend genutzt werden, bald nicht mehr erlaubt.

Nach derzeitiger Rechtslage greift dieses Verbot schon ab kommendem Juli – und zwar in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Das sind 80 Städte von Berlin bis Delmenhorst mit zusammengerechnet rund 27 Millionen Einwohnern. Kleinere Gemeinden haben noch etwas mehr Zeit. Dort gilt das Fossilheizungsverbot ab dem Jahr 2028.

Werbung

Bundesumweltminister Schneider will entgegen des Koalitionsvertrags daran festhalten. „Es bleibt dabei, dass neue Heizungen 65 Prozent erneuerbare Energien nutzen müssen“, sagte der Sozialdemokrat auf dem Energiewende-Kongress der Deutschen Energie-Agentur. „Ich bin dafür, dass wir sehr schnell zu klaren Entscheidungen kommen.“ Die Wärmepumpe sei die führende Technologie beim Ausbau der Erneuerbaren im Wärmebereich.

LESEN SIE AUCH:



„Gute Idee“

Ex-Verfassungsrichter und Schattenfinanzminister Paul Kirchhof lobt „fachliche Qualität“ des AfD-Steuerkonzepts

Matthias Böttger • 57



Leipzig

Trotz Haushaltssperre: Leipzig gibt 700.000 Euro für neues Stadtlogo aus

Redaktion • 53

Aus Koalitionskreisen ist zu hören, dass Schneiders Vorpreschen für Verwunderung gesorgt habe. Ein Entwurf für die Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes befinde sich gerade in der regierungsinternen Abstimmung. Federführend seien dabei das von der CDU-Politikerin Katherina Reiche geführte Wirtschafts- und Energieministerium sowie Verena Hubertz' (SPD) Bauministerium. Die Unionsseite habe klargemacht, dass die 65-Prozent-Vorgabe gestrichen werden soll.

Teilen:

Zu den Kommentaren (6) ↓

Einmalig

Monatlich

Einmalige Zahlung

Zahlungsoptionen:

10 €

15 €

25 €

50 €

100 €

Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Zahlungsoptionen:

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ▾

Beträge setzen sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Zahlen

Werbung

Ihr Kommentar ...

6 Kommentare

Relevanz ▾

Bernd F 07.11.2025 um 13:54 Uhr



Zitat aus dem Artikel: „Ich bin dafür, dass wir sehr schnell zu klaren Entscheidungen